Artikel vom 22.11.2023 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 15:02 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/widerspruechliche-ansichten-zur-wiederzulassung

# Widersprüchliche Ansichten zur Wiederzulassung

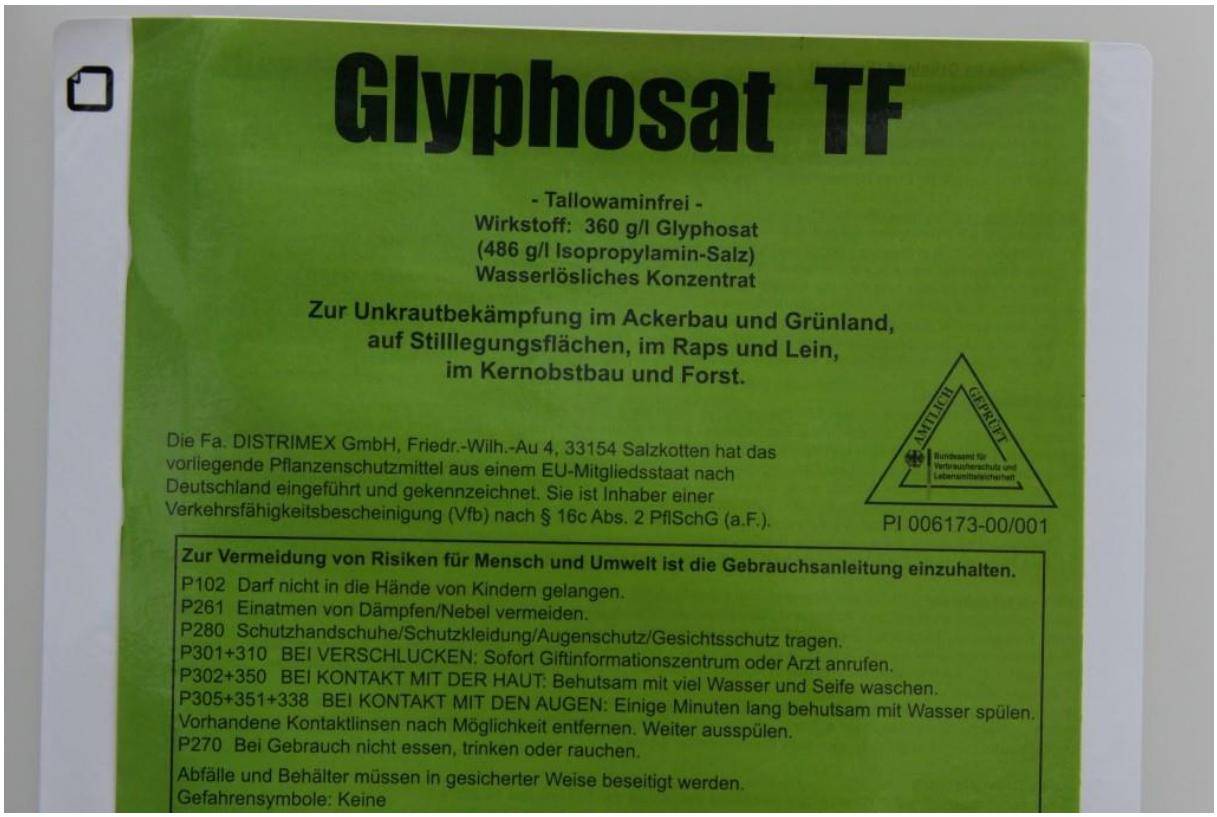


Foto: landpixel

Nach der Ankündigung der Europäischen Kommission, die Zulassung von Glyphosat wie vorgeschlagen um zehn Jahre zu verlängern, haben Befürworter und Gegner des umstrittenen Herbizids ihre Positionen bekräftigt

Die Agrarbranchen in den Mitgliedstaaten reagierten erwartungsgemäß positiv. Die EU-Ausschüsse der Bauernverbände (COPA) und ländlichen Genossenschaften (COGECA) unterstrichen, dass es gegenwärtig keine gleichwertige Alternative zu diesem Herbizidwirkstoff gebe. Ohne Glyphosat seien viele bodenschonende landwirtschaftliche Praktiken viel schwieriger umzusetzen. Dies könnte am Ende den Herbizidverbrauch sogar noch erhöhen.

Insgesamt positiv haben sich auch verantwortliche Politiker in den EU-Mitgliedstaaten geäußert: Der französische Bauernverband (FNSEA) begrüßte die Wiederzulassung und erklärte, die Brüsseler Behörde habe den fehlenden politischen Mut der Mitgliedstaaten ausgeglichen. Auch die spanischen Landwirtschaftsverbände begrüßten den Kommissionsbeschluss. Dieser sei für die Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Lebensmittelsektors in der EU unerlässlich, erklärte die Allianz für nachhaltige Landwirtschaft (ALAS). „Der verstärkte Einsatz von Zwischenfrüchten, der vermehrte Anbau von artenreichen Grasnarben im Grünlandsektor und Methoden mit reduzierter

Bodenbearbeitung sind ohne glyphosathaltige Herbizide einfach nicht möglich“, betonte der im irischen Bauernverband (IFA) für Getreide zuständige Kieran McEvoy.
Auch im Berufsstand des Vereinigten Königreichs, das seit 2020 kein EU-Mitglied mehr ist, löste die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses Erleichterung aus. In Australien begrüßte die Geschäftsführerin des Erzeugerverbandes GrainGrowers, Shona Gawel, die EU-Entscheidung zu Glyphosat. Ein Verbot wäre für die australischen Landwirte „eine schlechte Nachricht“ gewesen. Eine
auslaufende Zulassung von Glyphosat in Europa hätte zu Handelsstörungen geführt.
Aus Sicht des Präsidenten des Anbauverbandes Naturland, Hubert Heigl, werden mit der Verlängerung der Glyphosat-Zulassung die Ziele der Brüsseler Nachhaltigkeitsstrategien konterkariert. Heigl forderte die Kommission auf, die Verlängerung durch ein „klares Ausstiegsszenario“ zu flankieren. Der Geschäftsführer des Umweltdachverbandes Deutscher Naturschutzring (DNR), Florian Schöne, sprach mit Blick auf das Abstimmungsergebnis der EU-Länder von einer „klaren Botschaft an die EU-Kommission“ und meinte damit trotz der Mehrheit der Ja-Stimmen, die Zulassung nicht mehr zu erteilen. Schöne sieht zudem die Bundesregierung in der Pflicht, den Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat ab 2024 sicherzustellen. Der Referent für Insektenschutz beim World Wide Fund for Nature (WWF), Florian Lauer, beklagte, dass die Kommission schnell Fakten geschaffen habe. „Entscheidend ist nun, wie die angekündigten Einschränkungen ausfallen und welchen Spielraum sie den Mitgliedsländern lassen.“ Die Bundesregierung muss Lauer zufolge nun „Wege finden“, den im Koalitionsvertrag verinbarten Glyphosat-Ausstieg „sinnvoll umzusetzen“. Kritik an der Bundesregierung übte der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Dessen Pflanzenschutzreferentin Corinna Hölzel erklärte, Deutschlands Enthaltung gehe auf das Konto der FDP, die nicht zum Koalitionsvertrag stehe. Der SPD warf Hölzel vor, bei dem wichtigen Thema zu schweigen.Nach der Ankündigung der Europäischen Kommission, die Zulassung von Glyphosat wie vorgeschlagen um zehn Jahre zu verlängern, haben Befürworter und Gegner des umstrittenen Herbizids ihre Positionen bekräftigt
Die Agrarbranchen in den Mitgliedstaaten reagierten erwartungsgemäß positiv. Die EU-Ausschüsse der Bauernverbände
(COPA) und ländlichen Genossenschaften (COGECA) unterstrichen, dass es gegenwärtig keine gleichwertige Alternative zu diesem Herbizidwirkstoff gebe. Ohne Glyphosat seien viele bodenschonende landwirtschaftliche Praktiken viel schwieriger umzusetzen. Dies könnte am Ende den Herbizidverbrauch sogar noch erhöhen.
Insgesamt positiv haben sich auch verantwortliche Politiker in den EU-Mitgliedstaaten geäußert: Der französische Bauernverband (FNSEA) begrüßte die Wiederzulassung und erklärte, die Brüsseler Behörde habe den fehlenden politischen Mut der Mitgliedstaaten ausgeglichen. Auch die spanischen Landwirtschaftsverbände begrüßten den Kommissionsbeschluss. Dieser sei für die Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Lebensmittelsektors in der EU unerlässlich, erklärte die Allianz für nachhaltige Landwirtschaft (ALAS). „Der verstärkte Einsatz von Zwischenfrüchten, der vermehrte Anbau von artenreichen Grasnarben im Grünlandsektor und Methoden mit reduzierter Bodenbearbeitung sind ohne glyphosathaltige Herbizide einfach nicht möglich“, betonte der im irischen Bauernverband (IFA) für Getreide zuständige Kieran McEvoy.
Auch im Berufsstand des Vereinigten Königreichs, das seit 2020 kein EU-Mitglied mehr ist, löste die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses Erleichterung aus. In Australien begrüßte die Geschäftsführerin des Erzeugerverbandes GrainGrowers, Shona Gawel, die EU-Entscheidung zu Glyphosat. Ein Verbot wäre für die australischen Landwirte „eine schlechte Nachricht“ gewesen. Eine auslaufende Zulassung von Glyphosat in Europa hätte zu Handelsstörungen geführt.
Aus Sicht des Präsidenten des Anbauverbandes Naturland, Hubert Heigl, werden mit der Verlängerung der Glyphosat-Zulassung die Ziele der Brüsseler Nachhaltigkeitsstrategien

konterkariert. Heigl forderte die Kommission auf, die Verlängerung durch ein „klares Ausstiegsszenario“ zu flankieren. Der Geschäftsführer des Umweltdachverbandes Deutscher Naturschutzring (DNR), Florian Schöne, sprach mit Blick auf das Abstimmungsergebnis der EU-Länder von einer „klaren Botschaft an die EU-Kommission“ und meinte damit trotz der Mehrheit der Ja-Stimmen, die Zulassung nicht mehr zu erteilen. Schöne sieht zudem die Bundesregierung in der Pflicht, den Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat ab 2024 sicherzustellen. Der Referent für Insektenschutz beim World Wide Fund for Nature (WWF), Florian Lauer, beklagte, dass die Kommission schnell Fakten geschaffen habe. „Entscheidend ist nun, wie die angekündigten Einschränkungen ausfallen und welchen Spielraum sie den Mitgliedsländern lassen.“ Die Bundesregierung muss Lauer zufolge nun „Wege finden“, den im Koalitionsvertrag verinbarten Glyphosat-Ausstieg „sinnvoll umzusetzen“. Kritik an der Bundesregierung übte der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Dessen Pflanzenschutzreferentin Corinna Hölzel erklärte, Deutschlands Enthaltung gehe auf das Konto der FDP, die nicht zum Koalitionsvertrag stehe. Der SPD warf Hölzel vor, bei dem wichtigen Thema zu schweigen.